

Volksbefragung in Liezen Sorge um medizinische Versorgung



Die KPÖ kämpft gegen die voranschreitende Ausdünnung der medizinischen Versorgung in der Steiermark. Am 7. April ist im Bezirk Liezen die Bevölkerung am Wort.

In Liezen sollen drei Spitäler geschlossen werden. In Leoben wurden zwei Abteilungen zugesperrt. Ab 1. April gibt es außerhalb von Graz keinen nächtlichen Bereitschaftsdienst mehr. Die Ausdünnung der medizinischen Versorgung in den Regionen ist bittere Realität. Statt 92 Sprengel gibt es plötzlich nur mehr 24 in der ganzen Steiermark.

Ein Arzt für 60.000 Menschen

Die Anfahrtswege zu den Patientinnen und Patienten werden

also deutlich länger. Ab Mitternacht bleiben nur noch die Rettung und das Gesundheitstelefon 1450. Von den Änderungen werden etwa 900.000 Steirerinnen und Steirer betroffen sein. 60.000 Menschen werden in manchen Sprengeln künftig von einem einzigen Arzt versorgt.

Es gibt massive Bedenken, ob so die Grundversorgung aufrecht erhalten werden kann. Viele Ärztinnen und Ärzte haben erklärt, nicht an diesem neuen Bereitschaftsdienst teilnehmen zu wollen. Die Anfahrtswege

würden nämlich drastisch größer, das sei gerade bei Notfällen – und um diese handle es sich ja gerade – problematisch. Die KPÖ hat am 12. Februar eine Dringliche Anfrage an Gesundheitslandesrat Drexler (ÖVP) gestellt. Dieser meinte, das neue System werde „einigermaßen gut funktionieren“, andernfalls werde man Änderungen durchführen.

Schließungen in den Bezirken Liezen und Leoben

Im flächenmäßig größten Bezirk Österreichs, Liezen, sollen alle drei öffentlichen Spitäler geschlossen und durch einen einzigen Neubau ersetzt werden. Eine Volksbefragung dazu findet auf Antrag von KPÖ und FPÖ am 7. April statt. Alternativen zu den Spitälern im Bezirk (Gesundheitszentren) existieren nur auf dem Papier. Trotzdem wurden auch im angrenzenden Bezirk Leoben bereits weitreichende Einschnitte bekannt. Schon im April 2019 werden im LKH Leoben die Unfallchirurgie und die Thoraxchirurgie geschlossen. Die Unfallchirurgie geht nach Bruck, die Thoraxchirurgie nach Graz.

Gegen eine Weiterführung der Abteilungen am LKH Leoben stimmten übrigens SPÖ, ÖVP und Grüne.

KOMMENTAR



Claudia Klimt-Weithaler
Klubobfrau der KPÖ
im Landtag Steiermark

Stimmen Sie mit!

Die Landesregierung führt die ländlichen Regionen der Steiermark sehenden Auges in eine medizinische Unterversorgung. Die Gesundheitspolitik wird immer mehr zu einer reinen Mangelverwaltung. Was in unserem Bundesland passiert, ist extrem riskant. Wir müssen wieder in die Zukunft unseres Gesundheitssystems investieren, statt die Versorgung in den Regionen auszuradieren.

Die Menschen im Bezirk Liezen haben am 7. April die Möglichkeit, sich für die Erhaltung der bestehenden Spitäler auszusprechen. Die Landesregierung wird gut beraten sein, die Meinung der Menschen, wie immer sie aussieht, zu respektieren – und nicht nur dann, wenn sie ins Konzept passt.

Ich ersuche alle Wahlberechtigten im Bezirk Liezen, von ihrem Stimmrecht Gebrauch zu machen.

Claudia Klimt-Weithaler

REGIONEN

Warum das Kürzen bei der Gesundheit dem ganzen Land schadet.

HELFFEN STATT REDEN

KPÖ-Mandatare spendeten bereits über 2 Millionen Euro für Menschen in Notlagen.



„Schaden für die Regionen“

Drei Fragen an die KPÖ-Landtags-abgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg

Immer wieder hört man, die Kürzungen im Gesundheitsbereich seien unausweichlich. Wie sieht das die KPÖ?

Claudia Klimt-Weithaler: Die viel zitierte Kostenexplosion findet gar nicht statt. Der Anteil der Gesundheitskosten an den Staatsausgaben in den letzten Jahrzehnten ist nur sehr leicht angestiegen – und das trotz einer alternden Bevölkerung.

Welche Auswirkungen hätte die Schließung der Spitäler in Rottenmann, Bad Aussee und Schladming?

Werner Murgg: Neben der Ausdünnung der Gesundheitsversorgung sind auch viele Arbeitsplätze betroffen. Ein Krankenhaus besteht nicht nur aus medizinischem Personal. Es

Die Argumente für eine Schließung sind aus Ihrer Sicht also nicht nachvollziehbar?

gibt auch Techniker, eine Küche, eine Reinigung und viele Bereiche, die daran angeschlossen sind. Das alles würde verloren gehen.

Werner Murgg: Niemand verlangt, dass es überall jede Spezialisierung gibt. Aber eine interne Abteilung, eine Geburtstation, eine Chirurgie sollte einfach schnell erreichbar sein.

Claudia Klimt Weithaler: Viele der Gesundheitspläne der Landesregierung haben mit der Realität wenig zu tun. Sie werden in einem Büro in Graz ausgedacht, aber ob die Konzepte auch im ländlichen Raum funktionieren, wo die Anfahrtswege und die Bedürfnisse oft ganz andere sind, ist sehr zu bezweifeln.

Grazer Altstadt vor Zerstörung retten

Absichtliches Verfalllassen geschützter Gebäude kann verhindert werden

Ein Gummiparagraf im Grazer Altstadterhaltungsgesetz ermöglicht es Spekulanten, schutzwürdige Gebäude abzureißen und durch Neubauten zu ersetzen. Denn Gebäude müssen nur erhalten werden, wenn es „wirtschaftlich zumutbar“ ist. In vielen Fällen wurden historische Gebäude absichtlich dem Verfall preisgegeben, um eine „wirtschaftliche Unzumutbarkeit“ herzustellen.

Das kritisiert auch der Altstadtanwalt in seinem aktuellen Bericht und empfiehlt konkrete Gegenmaßnahmen. Die KPÖ, die sich immer um Schutz und Erhaltung der Grazer Altstadt starkgemacht hat, forderte am 12. März im Landtag die Umsetzung dieser Empfehlungen.

Eine einfache Ergänzung im Altstadtschutzgesetz würde die

oft praktizierte Vorgangsweise unmöglich machen: „Schadenskosten, die durch zumindest fahrlässige Unterlassung der Erhaltungspflicht entstanden sind, dürfen der wirtschaftlichen Unzumutbarkeit nicht zugerechnet werden. Die Erteilung einer Abbruchbewilligung wegen wirtschaftlicher Unzumutbarkeit darf erst zehn Jahre nach dem letzten Erwerb der Liegenschaft samt Bauwerk erteilt werden.“

KPÖ-Klubobfrau **Claudia Klimt-Weithaler** forderte daher am 12. April 2019 im Landtag, die vom Altstadtanwalt genannten Ergänzungen in das Gesetz aufzunehmen, um weitere Zerstörungen historischer Bausubstanz zu Zwecken der Profitmaximierung zu unterbinden.

„Tag der offenen Konten“: Mehr als zwei Millionen Euro für Menschen in Notlagen

**KPÖ-Mandatarinnen
und -Mandatare unter-
stützten 2018 1.637
Steirerinnen und Steirer
in Notlagen – seit 1998
über 2 Mio. Euro**

Zum 21. Mal legten die Mandatarinnen und Mandatare der KPÖ am „Tag der offenen Konten“ am 28. Dezember 2018 die Verwendung ihrer Bezüge offen. Seit Ernest Kaltenegger 1998 Stadtrat in Graz wurde, wird bei der KPÖ ein Großteil der Polit-Bezüge für Menschen in Notlagen verwendet.

2018 wurden von den Landtagsabgeordneten Claudia Klimt-Weithaler und Werner Murgg sowie von der Grazer Stadträtin Elke Kahr und ihrem Kollegen Robert Krotzer, der seit April 2017 Stadtrat in Graz ist, insgesamt € 175.555,95 zur Unterstützung von Menschen in Notlagen zur Verfügung gestellt. Mit dem Geld wurden 1637 Personen bzw. Familien unterstützt.

Claudia Klimt-Weithaler, Klubobfrau der KPÖ im Landtag: „Wer von einem geringen oder auch durchschnittlichen Einkommen leben muss, hat oft

Sorgen, die viele in der Politik gar nicht mehr nachvollziehen können. Deshalb blenden viele aus, dass es mittlerweile auch für Vollzeit-Erwerbstätige schwer ist über die Runden zu kommen.“ Dem pflichtet auch Werner Murgg bei: „In manchen Branchen sind die Einkommen so schlecht, dass es unmöglich ist, zu Rande zu kommen.“

In Summe wurden seit 1998 von den Mandatare der KPÖ insgesamt € 2.126.558,33 an 16.386 Familien und Personen ausbezahlt.

EHRlich GESAGT



Werner Murgg

Landtagsabgeordneter
der KPÖ Steiermark

Neues Gesetz für Gemeinden

Der steirische Landtag hat mit den Stimmen von SPÖ und ÖVP eine Novelle der Gemeindeordnung beschlossen. Das neue Gesetz beinhaltet viele fragwürdige Regelungen, viele Chancen auf echte Verbesserungen wurden ausgelassen. Die KPÖ hat deshalb gegen die Neuregelung gestimmt.

Die Überarbeitung der Gemeindeordnung hätte viele Möglichkeiten geboten, mehr Transparenz und Kontrolle zu ermöglichen und den Bürgerinnen und Bürgern mehr Mitsprache zu geben. Diese Chancen wurden vergeben.

Werner Murgg



Stadtrat **Robert Krotzer**, Stadträtin **Elke Kahr** und die beiden Landtagsabgeordneten **Claudia Klimt-Weithaler** und **Werner Murgg** helfen mit einem großen Teil ihres Polit-Bezugs Menschen in Notlagen.

Wohnen ist zu teuer!

Die enorm steigenden Wohnkosten werden für viele Steirerinnen und Steirer zunehmend zum Problem. Während Mieten und Betriebskosten im Zeitraum von 2011 bis 2017 um 22 Prozent anstiegen, blieb die Entwicklung der Einkommen der steirischen Haushalte bei unter zwölf Prozent. Aufgrund dieser alarmierenden Zahlen brachte die KPÖ in den Landtagssitzungen im Februar und März mehrere Vorschläge ein.

Die Hauptursache dafür ist

der von Investoren getriebene private Wohnungssektor. Besonders in Graz wird das steiermarkweite Wohnkostenproblem deutlich. Die mittlere Gesamtmiete (Median) pro Quadratmeter liegt auf dem freien Wohnungsmarkt in Graz bereits bei 11,44 Euro. Trotz allgegenwärtiger Bautätigkeit entspannt sich die Lage nicht.

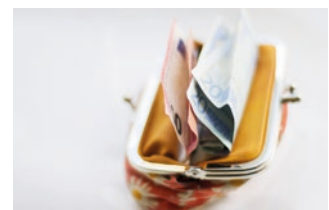
„Wir brauchen bezahlbare Mieten und Betriebskosten. Das alles darf nicht vor allem dem freien Markt überlassen bleiben.

WAS UNS AUF- UND EINFÄLLT

...dass der Landtag im Jänner beschlossen hat, den Zugang zu **Urlaubsaktionen für Kinder** zu erleichtern. Die Zuschüsse steigen an und die Altersgrenze wird auf 16 erhöht. Gleichzeitig können Familien bis zu 1300 Euro pro Kopf verdienen, um die Förderung noch beziehen zu können. Die KPÖ hat sich seit langem dafür eingesetzt.

Warum bleibt die **Lüftung des Plabutschunnels** ausgeschaltet? Eine deutliche Schadstoffbelastung ist an den Ein- und Ausgängen der beiden Röhren des Grazer Plabutschunnels festzustellen. Diese sind mit hochwirksamen Entlüftungsanlagen ausgestattet, die aber seit Jahren inaktiv sind. Dadurch spart die AS-FINAG Stromkosten. Deshalb werden täglich riesige Mengen an Schadstoffen im Stadtgebiet freigesetzt. Die KPÖ drängt darauf, die Entlüftungsanlagen zumindest an Tagen mit hoher Belastung in Betrieb zu nehmen.

...dass die Bundesregierung die geplante **Abschaffung des Jugendvertrauensrats zurückgezogen** hat. Jugendvertrauensräte nehmen in ihren Betrieben eine wichtige Rolle ein. Sie vertreten die Interessen von jungen Beschäftigten im Betrieb und nehmen die Funktion von LehrlingssprecherInnen ein. Nach heftigen Protesten, auch im Landtag wurde darüber diskutiert, wurde der Plan zurückgenommen.



Wer leistbare Wohnungen will, muss sich auch zu Obergrenzen bei Mieten und zum öffentlichen, sozialen Wohnbau bekennen“, so Claudia Klimt-Weithaler. Die KPÖ schlug auch vor, die Mehrwertsteuer auf Mieten abzuschaffen, um die Wohnkosten zu senken.

8. MÄRZ

Internationaler Frauentag

Die KPÖ auf der Straße



Am Papier sind Männer und Frauen in Österreich längst gleichberechtigt. Trotzdem sind Frauen in der Pension viel öfter von Armut betroffen. Darauf machte die KPÖ am Internationalen Frauentag am 8. März 2019 aufmerksam. Wie jedes Jahr wurden deshalb in der ganzen Steiermark Nelken an Frauen verteilt.

HINGEHEN!

Volksbefragung

Bezirk Liezen

7. April 2019

NEIN



zur Schließung unserer Spitäler

Impressum/Medieninhaber, Herausgeber, Verleger: KPÖ Steiermark, Lagergasse 98a, 8020 Graz. Verantw. Redakteur: Georg Fuchs, ebd., Verlags- und Herstellungsort: Graz. Tel. (0316) 877 5102; Fax (0316) 877 5108. E-Mail: ltk@stmk.gv.at // DVR: 0600008
Offenlegung: Infoblatt steirischer Landtag – Steirische Volksstimme – ist ein Druckmedium des Landtagsklubs der KPÖ Steiermark und dient der Information der steirischen Bevölkerung im Sinne des Kampfs der KPÖ Steiermark für soziale Gerechtigkeit.
 Das Blatt ist unabhängig von kommerziellen Interessen jeglicher Art und tritt für eine Stärkung und Demokratisierung des solidarischen Sozialsystems und gegen die Privatisierung von öffentlichem Eigentum und öffentlichen Dienstleistungen ein.



Armut ist kein Kinderspiel!



Fachtagung zur sozialen Absicherung von Kindern und Jugendlichen

28. März 2019

9–16 UHR

KPÖ-Bildungszentrum
LAGERGASSE 98a • 8020 GRAZ

ReferentInnen:

Dr.ª Laura Wiesböck
Institut für Soziologie, Wien

Peter Stoppacher
Institut für Arbeitsmarkt-
betreuung und -forschung

Mag.ª Denise Schiffrer-Barac
Steirische Kinder- und Jugendanwältin

Franz Ferner
Volkshilfe Steiermark

Moderation:

Mag.ª Daniela Köck
Fachstelle für Kinder-,
Jugend- und BürgerInnen-
beteiligung

Mit einem Beitrag vom  ARMUTSNETZWERK
STEIERMARK

Infos: kpoe-bildungsverein.at
Anmeldung: bildungsverein@kpoe-steiermark.at



KPÖ
BILDUNGSVEREIN

KPÖ
STEIERMARK

